

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholbar vom Postamt 0,65 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
aus Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Hirsch-Drauder).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pfg., Familienamt, 15 Pfg.,
Vereinsamt, 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 68.

Berlin, Mittwoch, 19. Dezember 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Auf die Schanzen! — Zum nächsten Verbandstage. — Die nächste Subventionpetition für 1906. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Auf die Schanzen!

Die Reichstagswahl ist auf Freitag, 25. Januar, angesetzt worden. Die Parteien befinden sich daher bereits in der Wahlarbeit. Jetzt wird es wieder schöne Versprechungen in reichem Maße geben. Alle Parteien tun so, als wenn sie das Interesse des Volkes und der Arbeiter wahrnehmen. Da gilt es die Augen offen und den Verstand klar zu halten.

Bei den neuen Wahlen handelt es sich um mehr als bloß um die Bewilligung des Nachtragssetats für Südwestafrika. Allerdings, hätte der Reichstag den Antrag Dr. Wloß angenommen, so wäre es nicht gerade jetzt unmittelbar vor Weihnachten zur Ausführung gekommen. Es will uns eben scheinen, daß die Regierung die Ablehnung ihres Nachtragssetats nur zur willkommeneren Gelegenheit benutzte, um den Reichstag nach Hause schicken zu können.

Der Einfluß des erst von der Regierung gefällten Zentrums war dem Kaiser-Bülow nun doch gar zu unheimlich groß geworden. Hinter den Kulissen mußte die Reichsregierung sich beugen vor dem Willen des Zentrums, wenn anders sie sich nicht den Zorn dieser Partei zuziehen wollte. Darüber hat der zwischen Herrn Noeren und dem Reichstagslangler stattgefundene und von der Regierung beröffentlichte Briefwechsel Aufschluß gegeben. Wenn die Regierung den neuen Kolonialdirektor Dernburg hätte über die Dinge springen lassen, dann wäre wohl auch das Zentrum bereit gewesen, den Nachtragssetat zu bewilligen. Vielleicht hätte auch ein kleineres Handelsgeheimnis diesen Umschwung schon herbeigeführt.

Unter der im Antrag Wloß zur Voraussetzung gemachten Bedingung, daß die Truppen aus Südwestafrika nach und nach zurückgezogen werden, hätte der Reichstag den Frieden mit der Regierung machen können. Im Kampfe mit den Hottentotten konnte die deutsche Truppe nicht plötzlich so vermindert werden, daß der verbleibende Rest von den Aufständischen hätte hingeschlachtet werden können.

Was kann nun als weiterer Grund für die Aufhebung des Reichstags in Betracht kommen? Die Reichsregierung hat wahrscheinlich wieder eine neue Militärvermehrung in Vorschlag zu bringen, von der sie annimmt, daß dieser Reichstag sie nicht bewilligen würde. Wäre dann der Reichstag vor Erledigung der neuen Militärvorlage zu Ende gegangen und die Neuwahl unter diesem Zeichen vorgenommen worden, dann wäre wahrscheinlich ein Reichstag gewählt worden, der noch weniger, wie der eben aufgelöste, die Forderungen der Regierung zu erfüllen gewillt gewesen wäre.

Darum heißt es schon jetzt: Besage auch der neue Reichstag, den das Volk jetzt zu wählen hat, so wird es bald wieder zu einer neuen Auflösung kommen!

Die Sprache der Gegner des allgemeinen, geheimen, direkten Wahlrechts, wie sie jetzt geführt wird, läßt darauf schließen, daß die Staatsrechtsgelahrten gegen das Wahlrecht im Wasser

begriffen sind. Eine etwaige Vermehrung der sozialdemokratischen Mandate, so wird wieder andererseits hervorgehoben, müßte daher zu einer direkten Gefahr für das allgemeine, geheime, direkte Wahlrecht werden.

Wir Gewerkevereiner sind keiner bestimmten Partei zu dienen verpflichtet.

Jeder Gewerkevereiner ist frei und unabhängig in der Wahl. Keine Stelle in der Organisation hat das Recht, ihm bindende Vorschriften zu machen. Angesichts der allgemeinen Situation aber, in der die Deutschen Gewerkevereine sich befinden im harten Kampfe mit den sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften, kann unsere Sympathie nicht den Parteien zufallen, an die sich die genannten Organisationen angegeschlossen oder doch wenigstens angelehnt haben.

Wir rufen daher alle Verbandsmitglieder auf die Schanzen zum Kampfe für die Wahl eines Reichstags, der die Arbeiterfrage im Sinne der Gewerkevereiner energisch fördert.

Jeder Gewerkevereiner erfüllt seine Bürgerpflicht und wählt!

Kein Gewerkevereiner wähle einen Feind der Gewerkevereine!

Kein Gewerkevereiner wähle einen Lebensmitteldiebstahl! Kein Gewerkevereiner wähle einen Kandidaten, der nicht für die Erhaltung des allgemeinen, geheimen, direkten Wahlrechts und für ein festes Koalitionsrecht ist!

Jeder treue Gewerkevereiner mit aller Kraft ein für diejenigen Kandidaten, die Freunde der Gewerkevereine und des geistigen und wirtschaftlichen Fortschritts sind! K. G.

Zum nächsten Verbandstage.

Gleich dem Verbandsmitgliednehmer bin ich der Ansicht, daß es gut ist, sich mit den Aufgaben des nächsten Verbandstages schon jetzt zu beschäftigen.

Unbedingt müssen große Umwälzungen vorgenommen werden; denn das, was man in Hannover geschaffen hat, war das Produkt besonderer Abmachungen, bei denen jeder der Nachher glaubte, für seinen Bezirk besonders gesorgt zu haben. Nachher, als man an die Ausführung kam, da sah man den Schaden, und mancher von den Nachherern ist sich dann wohl als der Begünstigte vorgekommen. Wie immer bei solchen Abmachungen im Einzelinteresse war das Gesamtinteresse zu kurz gekommen.

Die Beschlüsse, welche eine Unterbrechung der Ausbreitungsverbände aus der Verbandsklasse vorsehen, gehen ebenso wie die Anträge, welche Agitationsbeamte von Verbandswegen in den einzelnen Bezirken vorsehen, von falschen Voraussetzungen aus.

Sehen wir uns doch die Entwicklung der einzelnen Gewerkevereine an. In den achtziger Jahren war der ganze Verband nicht so stark an Mitgliedern, nicht so zahlreich an Ortsvereinen, wie heute ein einzelner Gewerkeverein. Damals war es geboten, daß man für die verstreuten und schwachen Glieder der einzelnen Gewerkevereine Provinzial- und Landesverbände schuf, damit sie sich gegenseitig stützen konnten. Heute bilden die Ortsvereine jedes einzelnen Gewerkevereins solche Bezugsverbände, und sie werden viel wirksamer für die Ausbreitung ihres Gewerkevereins sorgen, sie werden auch die Berufsangelegenheiten innerhalb des Bezirks kräftiger in die Hand nehmen. Zu diesem Zwecke stellen die einzelnen Gewerkevereine Bezugsbeamte an.

Will man nun in den einzelnen Landesteilen im größeren Zusammenhänge eine Ausbreitung unter den Ortsvereinen aller Berufsarten herbeiführen, dann überlasse man es den Ortsvereinen, ob sie sich dafür interessieren. Die Zwangsjacke ist nicht nötig! Ich wäre begierig, den Gewerkevereinen kennen zu lernen, der seine Ausbreitung im wesentlichen den Ausbreitungsverbänden verdankt. Heute sind diese Verbände vielfach gerade ein Mittel, vom Verbände abwendig zu machen.

Die Ausbreitungsverbände, wie sie heute bestehen, sind veraltet!

Jeder Gewerkeverein, der vorwärts gekommen ist, verdankt dies lediglich dem Umstande, daß er sich mit allen verfügbaren Kräften auf die Berufsangelegenheiten und die Berufsgenossen geworfen hat. Daher ziehe man aus den einzelnen Gewerkevereinen die Mittel nicht heraus für Einrichtungen, die heute nicht mehr die rechte Bedeutung haben; richtig angewendet, läßt sich mit geringeren Kosten mehr leisten, als mit den von den Ausbreitungsverbänden verbrauchten Mitteln.

Eine andere kostspielige Einrichtung ist der Verbandstag. Hätten alle Gewerkevereine eine solche Vermehrung der Mitgliederzahl erfahren in den letzten 3 Jahren wie der Verein der Deutschen Kaufleute, dann kämen mehr als 100 Abgeordnete auf dem Verbandstage zusammen. Und für alle muß der Verbandstag Diäten und Fahrgehalte bezahlen. Da würde wohl das Verbandsvermögen zum größten Teil draufgehen! Hier müssen Bestimmungen getroffen werden, daß die Zahl der Vertreter wesentlich verringert wird. Jeder Gewerkeverein bis zu 5000 Mitgliedern einen Vertreter und darüber für je 5000 einen weiteren Vertreter; das dürfte den Verhältnissen entsprechen. Und um so eher werden alle Gewerkevereine auf diese Veränderung eingehen, wenn festgesetzt wird, daß jeder Gewerkeverein die Kosten für seine Vertreter selbst zahlt.

Eine gleiche Verminderung kann die Zahl der Zentralratsvertreter betreffen. Nicht der Zentralrat, sondern die einzelnen Hauptverbände regeln das Leben in den Gewerkevereinen. Dem Zentralrat bleibt, nach dem heutigen Stande der einzelnen Gewerkevereine, doch nur über allgemeine Arbeiterfragen zu sprechen, Anträge zu geben und die Vertretung der Gesamtheit der Gewerkevereine bei wichtigen Anlässen. Daß dazu 50 Männer alle 14 Tage zusammenkommen müssen, das wird niemand behaupten, der da weiß, daß alle 17 Hauptverbände der Gewerkevereine doch auch zusammenkommen. Auch im Zentralrat sollte jedem Gewerkeverein bis 5000 Mitglieder ein Vertreter bewilligt werden, größeren Gewerkevereinen nach der Mitgliederzahl einige mehr, aber für große Zahlen, vielleicht für je 10 000 einen mehr. Nicht wir uns so ein, dann haben die einzelnen Gewerkevereine geringere Beiträge an den Verband zu entrichten und was diese Gewerkevereine hier weniger ausgeben, das können sie im eigenen Gewerkeverein mehr aufwenden für die Ausbreitung und für Einrichtungen zum Besten der Mitglieder.

Die Bedeutung des Verbandes liegt eben auf einem anderen Gebiete, als dem der Ausbreitung der einzelnen Gewerkevereine; das ist die wichtigste Aufgabe der einzelnen Gewerkevereine. Der Verband soll die großen Gesichtspunkte hineintragen in die einzelnen Gewerkevereine. Dazu muß aber an der Spitze ein erfahrener Sozialpolitiker stehen. Durch ihn muß auch jede Frage, die für die Gewerkevereine auftritt, eine wissenschaftliche Beleuchtung erfahren. Ich will hier nicht einzelne Vorfälle der letzten Zeit anführen, aber deutlich genug ist für jeden, der etwas vom Verband erwartet, vor Augen getreten, daß von der Anwalt Dr. Max Hirsch, wie er in den 70er und 80er Jahren wirkte, jetzt fehlt.

Die Gewerkevereine haben unter der Leitung Dr. Max Hirsch's die Unterbreitungsstellen für die Ver-

ankalten konnten. Nun, die Herren werden wohl noch lange an die Lebenskraft der von ihnen schon so oft totesagten „Girische“ denken. Gelena es uns doch den gesamten Vorstand der Ortsvereine mit Gewerkevereinen zu belegen, jedenfalls ein schöner Lohn für unser Arbeit. Und nun liegt es an uns, zu zeigen, daß man als neutraler Gewerkevereiner sehr wohl imstande ist, eine Kasernenverwaltung ordnungsmäßig und zum Wohle der Mitglieder zu führen, was leider so viele „Zielbewußte“ bisher nicht kannten. Wir können nicht umhin über das Betragen der Herren „Zielbewußten“ auf dieser Versammlung etwas näher einzugehen. Versuchten dieselben doch durch unkluges, rohes Betragen den Gang der Verhandlungen fortwährend zu unterbrechen und genügte es doch schon bei den Vorlesungen zur Wahl den Namen unseres Kollegen Kluge (ebenfalls den bestgeeigneten Mannes von ganz Württemberg) zu nennen, um ein Gejohle und Gebrülle loszulassen, das man denken konnte, Belzebub habe seine famulieren Säulenbesenher zu dieser Versammlung entsandt. Und auf unserer Seite eine ruhige, disziplinierte Masse, welche alle diese Kautschukhüte fallweise änderte, um dann so höher zu Ziele zu schreiten. Während im Laufe der Diskussion unser Kollege die Herren fragte, ob dies die mit besonderer Verliebe betante Bildung, welche die „freien“ Organisationen lehren, sei, und als er einem jungen Herren die gebührende Antwort auf seine Anspielung gab, brach nochmals ein Ungeheuer los, das die Verhandlungen minutenlang unterbrach, aber alles umsonst, die Niederlage der Verbändler war vollständig. Mit großen Majestäten wurden unsere Kollegen an die bis jetzt von „Zielbewußten“ innegehaltenen Plätze im Vorstand gewählt. Was solche Niederlage an und für sich bitter sein, so muß sie aber geradezu unangenehm werden, wenn, wie es hier geschah, das ganze Jahr hindurch in jeder Versammlung von jener Seite die paar „Girische“ als unbedeutend, nicht in Betracht kommend oder gar ausgeschlossen folgelogen werden sollten.

Kollegen allerorts! Aus dem hier Angeführten könnt ihr jedenfalls ersehen, daß in unseren kleinen, 7000 Einwohner zählenden neurompommischen Städtchen ein Geist unter den Gewerkevereinigern herrscht, wie er leider in oft recht großen Orten vergeblich gesucht werden mag. Darum bitten wir euch alle, geht mehr aus euch heraus, agitiert und werbt in euren Kreisen für die Gewerkevereine und seid eingebend des Wortes unseres verstorbenen Anwalts: „Das 20. Jahrhundert gehört den Deutschen Gewerkevereinigern!“

Wahlbescheid. Am Freitag, 7. Dezember, hielt der Ortsverband in den Apollo-Behälen eine große Versammlung ab, in welcher Ortsverbandsvorstandstätter über den Gegenstand der Wahlberechtigung referierte. Der Redner verlangte eine gründliche Behandlung des Gegenstandes in der Kommission, damit er den Berufsvereinen der Arbeiter auch wirklich nützlich sein könne. In der vorliegenden Sitzung mußte er ebenfalls abgelehnt werden. Die Diskussionsredner stimmten dem Redner zu und nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an: Die Ortsverbandsvorstellung der Deutschen Gewerkevereine für Wagnis und Umgebung erklärt nach Kenntnisnahme von dem Gegenstand der Wahlberechtigung der Berufsvereine diesen Entwurf für die Arbeitervereine als unannehmbar, da er geeignet ist, die freie und gebührende Entwicklung der Arbeitervereine und der Handlungsfähigkeitsorganisationen zu hemmen. Die Versammlung kann dem Gegenstand nur zustimmen, wenn

in ihm auch den Landarbeitern die freie Organisation gewährleistet wird, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es den Vertretern des deutschen Volkes gelingen wird, den Entwurf in dem gewünschten Sinne zum Gesetz werden zu lassen.

Wandberg. Der Ortsverband Wandberg-Heimbach hielt am 4. Dezember, abends 8 Uhr, im „Pantlischen Hof“ zu Wandberg eine allgemeine große Gewerkevereinsversammlung ab, dieselbe war sehr gut besucht und beschäftigte sich mit dem Thema: „Die Stellung der Deutschen Gewerkevereine in der Arbeiterbewegung.“ Referent war Verbandssekretär Reustedt-Berlin. Die dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage folgende Diskussion war eine sehr rege. Es wurden dem Referenten mehrere Fragen vorgelegt und von ihm in sachlicher und aufklärender Weise beantwortet. Von einem Gewerkevereinsmitglied wurden die legendären Einrichtungen der Gewerkevereine hervorgehoben und allen nicht-organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen der Beitritt empfohlen. In seinem Schlußwort bemerkte der Redner, daß er durch die lebhafteste Diskussion die Überzeugung gewonnen habe, daß die Gewerkevereine hier festen Boden gefunden und daß die Versammlung durchdrungen von der Überzeugung, daß die Prinzipien der Deutschen Gewerkevereine hoch zu halten seien. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute im „Pantlischen Hof“ zu Wandberg stattgehabte große allgemeine Gewerkevereinsversammlung erklärt sich mit dem Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden und verpflichtet sich alle anwesenden Gewerkevereinsmitglieder bereitwillig, eine nachhaltige Agitation zu entfalten, um die seit 38 Jahren bewährten Ideen der Deutschen Gewerkevereine weiter zu verbreiten, zum hauptsächlichsten Wohle der Arbeiterschaft und zu Ehren der Organisation.“ Hierauf folgte unter den üblichen Dankworten vom Vorsitzenden, Kollegen hochachtungsvoll, der Schluß der Versammlung.

Andreas Schwarz, Ortsverbandsvorstandsvorsitzender.

Seib. Der Ortsverband hielt am 3. Dezember hier eine große Gewerkevereinsversammlung ab, die sehr gut besucht war. Wir hatten die Freude einen Vertreter des Zentralrats in der Person des Verbandssekretärs Reustedt-Berlin zu begrüßen, der einen Vortrag hielt über die Deutschen Gewerkevereine und ihre Aufgaben. Der wiederholt von Zustimmungsrufen unterbrochene Vortrag land am Schluß lebhaften Beifall. Die Versammlung ließ erkennen, daß es hier überzeuge, treue und entschlossene Gewerkevereiner gibt. In der Diskussion wurde nur von einer Seite das Wort ergriffen, ohne daß hierbei Erhebliches vorgetragen wurde. Erst nachdem der Vorsitzende die Versammlung mit einem lebhaften Widerhall findenden Hoch auf die Deutschen Gewerkevereine geschlossen und wir bereits das Lokal verlassen wollten, erschienen zwei Zielbewußte aus der Bildhauer, um noch in privater Diskussion ihre Meinungen zum Ausdruck zu bringen. Was die beiden Zielbewußten dabei vorbrachten, bestand nur in lästigen Wiederholungen, damit können die Herren wissen, daß die unrichtige Schmeichelei, die sie ihnen gleich gebührend beimgelächelt. Und können diese Leute im isten Vertrauen auf unsere Grundzüge nicht wanken machen, wenn unser Wollen ist aufgrund auf dem Geis der Wahrheit. Als deutsche Arbeiter rufen wir den Herren zu: „Mit eurer Macht ist nichts getan.“ Wir aber, Kollegen und Kolleginnen, wollen vorwärts schreiten auf dem Wege, den unser Wort Licht und Gewissen. Wir wollen weiter bauen an seinem

Werk, auf daß es für alle Zeiten unerschütterlich fest steht. Darum auf zu neuer Arbeit. Dir aber, Kollegen, Reueidit sagen wir unseren besten Dank. **Gdr. Schmidt.**

Verbands-Zeil.

Leistung über eingesandte Beiträge für die Verbände u. Ortsvereine pro September.
Hausbauvereine: Generalrat 336,75. **Graphiker:** Generalrat 163,68. **Kaufleute:** Generalrat 1571,26. **Kontrollen:** Generalrat 75,90. **Maschinenbau:** Generalrat 1460,00. **Gürtler:** Generalrat 64,92. **Lehrer:** Generalrat 471,34. **Brauereipandura:** 90,52. **Brauerei-Berlin:** 7,41. **Kellner-Berlin:** 11,50. **Gelehrte:** 1,50. **Druckerei:** 12,05. **Inserate:** 8,30. **Gesamt:** 5143,09.

Ortober und November:
Bergarbeiter: Generalrat 280,80. **Zigarren- und Tabakarbeiter:** Generalrat 182,86. **Fabrik- und Landarbeiter:** Generalrat 240,24. **Frauen und Mädchen:** Generalrat 140,00. **Graphische Berufe:** Generalrat 187,30. **Maschinenbau u. Metallarbeiter:** Generalrat 1926,66. **Schneider:** Generalrat 573,00. **Schuhmacher und Lederarbeiter:** Generalrat 697,80. **Stuhlarbeiter:** Generalrat 785,82. **Wappsticker:** 6,86. **Privat-Immense:** 150,55. **Inserate:** 7,90. **Gesamt:** 7228,79.
 Berlin, November 1906.
R. Klein, Verbandssekretär.

Berlin. Diskussionsabend der Deutschen Gewerkevereine (G.-V.). Sitzung jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine, NO. Ortschaftswahlfrage 221/223. Gäste willkommen. **Gänger der Deutschen Gewerkevereine (G.-V.).** Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Lesungshunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine (Wilhelmsaal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonntags, 15. Dezember.** **Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII.** Abends 8-10 Uhr Beitragssammlung im Verbandsbureau. Bitte um Meldung zur Weihnachtsspendung. — **Fabrik- und Landarbeiter I.** Ab. 8 1/2 Uhr, im Bereinlosol, Tempelhofstr. 20a. I.-D.: Vorstandswahl. Wichtige Vereinsangelegenheiten. **Berghausen.** — **Widmann.** Montag, 17. Dezember, bei Bruch, Drebbenerstr. 10. Schluß der Weihnachtsthe.

Orts- und Bezirksverbände.
Ortsverband. Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im lokale des Herrn Wilh. Schulle-Wattler, Bildhauerhande. — **Gannover und Umgebung (Ortsverband).** Die Ortsverbände der Ortsverband-Vereine finden jeden Dienstag, abends 9 Uhr, im Verbandslokal „Königsberg“, Brühlstr. 12, statt. — **Nachm. (Diskussionsabend).** Jeden Sonntag 9 Uhr **deutscher Ausbreitungsverband.** Jeden Donnerstag, abends 8 1/2-10 1/2 Uhr, Diskussionsabend im Lokal Engelle, Schillerstr. 9. Gäste willkommen. — **Hamburg, Brauer, Kranfengeheilsvereine.** Will anfangs Januar die betriebl. Revision stattfinden und wegen Abrechnung mit der Zentrale werden die Mitglieder ersucht, die Beiträge bis zur 52. Woche in der Dezemberversammlung oder in meiner Wohnung bis 31. Dezember zu entrichten. Der Kassierer.

Anzeigen-Zeil.

Verbandsgenossen
 kauft
 niemals nach  8 Uhr abends

Auslieferung.
 Der Gewerkeverein der Bergarbeiter beschäftigt, wenn möglich schon mit dem 1. Februar 1907 für Oberschlesien einen **Bezirksleiter**
 anzustellen. Derselbe muß in der Gewerkevereins- und gesamten Arbeiterbewegung versiert sein, Redetalent besitzen, sowie imstande sein in Rechtsangelegenheiten Rat erteilen und Schriftsätze aufsetzen zu können. Das Anfangsgehalt beträgt 150 Mk. monatlich. Solche Kollegen, welche die politische Sprache in Wort und Schrift beherrschen und mit den Verhältnissen beim mit den Bergarbeiterverhältnissen überhaupt vertraut sind, werden bevorzugt.
 Verbandskollegen, gleichviel welchem Gewerkeverein dieselben angehören, welche unter obigen Bedingungen auf die Stelle reflektieren, wollen ihre Bewerbungsstücke bis spätestens zum 1. O. Januar an den unterzeichneten Vorstand einreichen. Ein kurz gefaßter Kausch über: „Die Aufgaben eines Bezirksleiters“, sowie Angaben über die Dauer der Mitgliedschaft in den Deutschen Gewerkevereinen sind den Anträgen beizufügen.
 Oberhausen (Mhd.), 12. Dezember 1906.
 Der Hauptvorstand
 des Gewerkevereins der Deutschen Bergarbeiter (G.-V.)
 Oberhausen, Rühlmeierstraße 132.

Restaurant Teufels-See
 Inh. Fritz Meyer (Tel. Spessack 15)
 am Fusse der Müggelberge
 herrlich gelegen an
 romantischen Teufels-See.
 Elegante Dampfschiffe am Müggelsee.
 Schöne Waldpromenade (5 Min.)

Ortsverein d. Maschinenbau- u. Metallarbeiter Berlin VIII.
 Am Sonntagabend, 22. Dez., abds. 8 Uhr im großen Saale des Verbandsbureau
Weihnachtsbescherung
 mit darauffolgendem Tanz-Programm. Die Festkomitee hält Verbandsbureau Karl Goldschmidt.
 Um zahlreichen Besuch bittet
 Der Vorstand.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine
 Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.
 Treffpunkt aller Gewerkevereinskollegen an den Abenden und an jedem Sonntag. Fröhliche Besuche, große Restauration mit vorzüglicher Küche, vier Kegelbahnen. Alles den Anforderungen der Kräfte entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen, Winter-Belegungen jeder Art allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfohlen, laßt auf Besuch freundlich ein
 Carl Berndt, Deponom.

Der Gewerkverein
 Jahrgang 1905
 auf bestem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsvereine und Vereinsbibliotheken
3,50, sonst 6 Mark.
 N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.
 Verbandsbureau:
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.
 Geldordnungen nur an Verbandsbureau
R. Klein,
 Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Gannover-Verband. (Diskussionsabend) bei Carl Hebel, Gannover, Helfenstraße 22a I.
Essen (Ruhr). Besuche zur Weihnachtsfeier. Arbeitsnachweis bei Carl Hebel, Gannover, Helfenstraße 22a I.

schiedensten Fälle geschaffen. Sie haben als
Pioniere damit gewirkt. Die Zwangsversicherung hat
manchen Kassenrichtungen der Gewerkschaft die
Bedeutung genommen, die sie früher hatten. Dafür
müssen neue Aufgaben ergriffen werden.

Ist es nicht ein Joch auf die Bedeutung der
Gewerkschaft für das Krankenwesen, daß in
den Zwangskassen nirgends die Gewerkschaft die
Leitung haben? Ist es nicht ebenso sonderbar, daß
man die Gewerkschaft um ihres Strebens für Ge-
werbe- und Schiedsgerichte „Harmonieapostel“ nannte
und heute stellt man in Berlin nicht einmal Kandi-
daten für die Reichswahlen auf?

Und da zerbrechen sich dann noch manche Leute
den Kopf, ob die Gewerkschaft bei den politischen
Wahlen eigene Kandidaten aufstellen sollen! Auf dem
eigentlichen Gebiete läßt man den Gegnern das
Kampffeld ohne Schwerefeld, und auf dem für die
unpolitischen Berufsklassen so gefährlichen Gebiete
der großen Politik da will man selbständig vorgehen.
Da kann ich mich nur dem Verbandsgenossen Begler
anschließen. Jeder bedäuge sich bei der ihm zugehenden
politischen Partei und werbe dort Freunde für die
Deutschen Gewerkschaften und ihre Bestrebungen. Das
ist positive Arbeit, das andere unfruchtbare Eigen-
brödel, die nur zum Schaden der Gewerkschaften
anschlagen kann.

Berlin. Paul Lögner.

Die sächsische Fabrikeninspektion für 1905.

Die Beschäftigung von weiblichen Ar-
beitern hat im Berichtsjahre, wie in verschiedenen
Bezirken festgesetzt wird, eine erhebliche Steigerung
erfahren. So wurden z. B. im Chemnitzer Bezirk
in 1913 Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen
87 289 über 16 Jahre alte Arbeiterinnen, d. h. 31,42
(31,42 pCt.) der Gesamtarbeiterschaft, beschäftigt.
Die Textilindustrie — die Spinnerei ausgenommen
beschäftigte 23 900 oder 63,85 pCt. erwachsene
Arbeiterinnen.

Im Leipziger Bezirk waren in 1127 Anlagen
24 456 erwachsene Arbeiterinnen tätig. Es bedeutet
dies gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von
2190 Arbeiterinnen und 322 Betrieben. Endlich ist
die Zahl der Arbeiterinnen in der Amtshauptmann-
schaft Jandau von 48 517 auf 49 660 gestiegen.

Das nun die Art der Beschäftigung der
weiblichen Arbeiter anbetrifft, so werden hierüber
in den neuesten Berichten wieder mancherlei Klagen
laut. So mußte z. B. in einer Papierfabrik das Ent-
leeren der heißen Puppenkoker durch Frauen als
unzulässig für die letzteren unter sagt und in einem
Emaillierwerke die Beschäftigung der Frauen vor den
Trochsen wegen der dort herrschenden erheblichen
Hitze verboten werden. „Als unzulässig für die Frauen“
— heißt es im Burgener Berichte — „sind in manchen
Anlagen die herrschende große Hitze, an die sich die
Betreffenden freilich bis zu einem gewissen Grade ge-
wöhnen, und die namentlich für die Augen besonders
ankstrengende Kopparbeit, die in der Regel nicht
lange ausgehalten wird, zu bezeichnen“. In zwei
Puppenlosteranlagens des Weisener Bezirkes wurde
festgestellt, daß die Arbeiterinnen die zum Transport
der Puppen benutzten Tragkörbe viel zu schwer für
ihre Kräfte beladen hatten, um schneller transportieren
und auf diese Weise höheren Lohn verdienen zu
können. Die Arbeitgeber wurden von der Fabriken-
inspektion dahin veranlaßt, daß sie zu diesen Transport-
arbeiten kräftige Männer verwenden müßten und den
Arbeiterinnen nur ihren Kräfte angemessene Arbeit
überweisen dürften. Die Bedienung schwerer
Stempel- und Stanzmaschinen mit Hand-
betrieb erregte ebenfalls wegen des hierbei erforder-
lichen Kraftaufwandes Bedenken. Auch die Be-
schäftigung von Frauen in Riegeleien und ver-
wandten Betrieben geht teilweise über das Maß dessen
hinaus, was dem weiblichen Organismus auf die
Dauer zugemutet werden könne. Die in diesen
Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen machen
auf die Aufsichtsbeamten, insbesondere gegen
den Einbruch großer Erschlaffung. — In dem
Burgener Bezirk ist die Vermehrung der in den
Steindrucken tätigen Arbeiterinnen, nachdem im
Vorjahre eine ganz bedeutende Abnahme (200) einge-
treten war, wiederum zu beklagen. Sie ist darauf
zurückzuführen, daß viele Steinbruchsbesitzer infolge
eines im Jahre 1904 ergangenen Urteils des Land-
gerichts zu Leipzig, nach welchem das Zerklagen
von Steinblöcken auf Straßenschutt nicht als Rob-
bauarbeit angesehen ist, Frauen in dieser Weise
wieder beschäftigt.

In Betrieben der Papierbearbeitung war die
Bedienung großer Stangen und in einer Lär-
schloßfabrik das Schleifen der Eisensteile durch
Arbeiterinnen zu beklagen.

Die Unfallverletzungen ergaben, daß wiederum
Arbeiterinnen, und zwar namentlich in Spinnereien

Verp. Nr. 57.

und Webereien, sich durch das Heben und Fort-
schaffen zu schwerer Lasten Unterleibsleiden zu-
gezogen hatten. Hiergegen, sowie gegen die Be-
schäftigung von Arbeiterinnen an gefährlichen
Maschinen — einer über 60 Jahre alten Arbeiterin
war von einem Wolfe die rechte Hand abgerissen
worden — wurde teils der Aufsichtsbeamten wieder-
holt eingeschrieben.

Nach den Berichten der Aufsichtsbeamten werden
auch die Vorschriften betr. die Dauer der Arbeits-
zeit der weiblichen Arbeiter vielfach noch nicht strikte
eingehalten.

Dagegen wird erfreulicherweise aus manchen
Gebieten von Neuregelungen, bezw. Herabsetzung
der täglichen Arbeitszeit berichtet. So z. B.
in Glauchau auf 10 1/2 Stunden, in Reerane auf
10 1/2 Stunden.

Ein eigenartiger Fall, wie in einem Betriebe der
Textilindustrie — der Name resp. die Firma wird
leider verschwiegen! — gegen die „Abkürzung“ der
Arbeitszeit durch das „hängige, unnütze Warten auf
die Aborte“ vorgegangen wurde, wird aus dem Frey-
berger Bezirk gemeldet. Dort wurde ein Anschlag
des Inhaltes vorgefunden, worin wiederholt auf dem
Abort gehend angefochten wurde, solle in Strafe ge-
nommen werden. Bei häufiger Wiederholung sei so-
fortige Entlassung zu erwägen. Aus dem Straf-
verzechnisse konnte festgestellt werden, daß die
angedrohten Geldstrafen (sehr häufig wurden!)
Mit Jug und Recht wurden der Fabrikleitung teils
der Fabrikeninspektion über die unnütze Härte dieser
Vorschriften und deren Handhabung Vorstellungen ge-
macht und Abhilfe verlangt.

Die Zahl der Anlagen, in denen Zuwiderhand-
lungen gegen die Schutzgesetze und Verordnungen
betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen ermittelt
wurden, betrug 636 (gegen 665 im Vorjahre) und
nur acht (gegen 18 im Vorjahre) wurden dafür be-
straft. In dies nicht ein Ansporn die Verge-
he über zu übertreten und darf man sich da wundern, daß solche
„milde“ Handhabung gegen Gesetzesübertretungen diese
eher fördert, als hintanhält!

Ueber die Dauer der Arbeit der mäu-
lichen Arbeiter enthielten die Berichte hener nur
sehr dürftige Angaben. Von einzelnen Berichtslättern
wird die erfreuliche Tatsache konstatiert, daß die Be-
strebungen der Arbeiterschaft auf Verkürzung der
Arbeitszeit von Erfolg gekrönt waren, und daß
der Uebergang der 11 stündigen zur 10 stündigen Ar-
beitszeit immer weitere Fortschritte machte.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 18. Dezember 1906.

Das englische Gewerkschaftengesetz hat am
12. Dezember auch in der Kommission des Ober-
hauses Zustimmung gefunden und ist nunmehr als völlig
geklärt zu betrachten.

Eine kleine Aenderung wurde im zweiten Para-
graphen, der des Vorkriegsrecht (Streikpostenrecht) be-
handelt, vorgenommen. Das Vorkriegsrecht ist nicht nur
„friedlich“, sondern auch „maßvoll“ (reasonable) sein.
Uebrigens, so meint auch der „Vorwärts“, hat das
Kamembrecht keine große Bedeutung, wenn nur die
kollektive Haftbarkeit abgeklärt ist. Der bezügliche
§ 4 wurde aber angenommen. Es herrscht große
Freude unter den organisierten Arbeitern.

Wir verweisen hierzu noch auf unsern Leitartikel
in voriger Nummer, den wir dringend der Beachtung
empfehlen.

Nachdem bereits zu Anfang dieses Jahres die
Ortsvereine des Vereins der Deutschen Kauf-
leute auf Veranlassung des Generalrats zu den
Vorläufigen des Beirates für Arbeiterstatistik betreffend
Regelung der Arbeitszeit in den Konkreten Stellung
genommen hatten und der Generalrat als Ergebnis
dieser Stellungnahme am 20. März d. J. die ein-
gehend begründeten, übereinstimmenden unsere Forde-
rungen enthaltenen Resolutionen von 200 Orts-
vereinen dem Bundesrat überreichen konnte, hat
nunmehr der Generalrat erneut eine Eingabe an
den Bundesrat und Reichstag gerichtet. Die am
4. Dezember abgegebene Eingabe hat folgenden Wort-
laut:

„In den hohen Bundesrat und Reichstag richtet der
Verein der Deutschen Kaufleute zu Berlin, unabhängige
Organisation für Handlungsgehilfen und Gehilfen, unter
Hinweis auf die bereits untern 20. 3. 06 dem hohen
Bundesrat eingereichten Petitionen unserer Ortsvereine,
das ergebene Ergebnis, dem Beschluß des Beirates für
Arbeiter-Statistik, die Arbeitszeit der Schiffe, Lehrlinge
und Arbeiter in Konkreten und kaufmännischen Betrieben,
die nicht mit offenen Verkaufsstellen verbunden sind, durch
Reichsgesetz zu regeln“ auszusprechen. Dabingegen bitten
wir den für die Regelung der Arbeitsverhältnisse vom
Beirat für Arbeiter-Statistik gemachten Vor schlägen die
Zustimmung zu versagen und bei dem Entwurf eines Ge-
setzes folgende Forderungen zu berücksichtigen:

1. Gesetzliche Festlegung der täglichen 8 1/2 stündigen
Sonntagsruhe ohne jegliche Ausnahmen; es sei denn,
daß es sich um Notarbeiten im öffentlichen Interesse handelt.
2. Den in Frage kommenden Angehörigen ist eine
12 stündige ununterbrochene Ruhezeit bei einem höchst-
arbeitsstage von 9 Stunden und einer zweifünftägigen Mittags-

pause zu gewähren. Für Angehörige, die mit Kost und
Logis engagiert sind, und im Laufe des Geschäftes ihre
Mittagszeiten einnehmen, muß die Mittagspause mindestens
eine Stunde betragen.

3. Bei ungeteilter (enklischer) Arbeitszeit darf die
Dauer der Beschäftigung 8 Stunden, einschließlich einer
halbständigen Mittagspause, nicht überschreiten.

4. Ten Angestellten unter 18 Jahren ist der höchst-
arbeitszeit um je eine Stunde zu verringern.

5. Gesetzliche Festlegung eines ununterbrochenen Urlaubs
von 14 Tagen nach einjähriger Tätigkeit bei der gleichen
Firma, steigend für jedes weitere Jahr der Beschäftigung
bei der gleichen Firma um 7 Tage zur Höchstzahl von
28 Tagen. Während der Urlaubszeit darf keine Abkürzung
des Gehalts stattfinden.

In der ausführlichen Begründung wird darauf
hingewiesen, daß nach der reichsamtligen Statistik
eine Arbeitszeit haben von 9 Stunden und weniger
6818 Betriebe mit 40 530 Personen, mehr als 9 bis
10 Stunden 4040 Betriebe mit 20 292 Personen,
mehr als 10—11 Stunden 2085 Betriebe mit 7042
Personen, mehr als 11 Stunden 790 Betriebe mit
1822 Personen. Es haben also 58 pCt. des Personals
eine Arbeitszeit bis zu 9 Stunden, 87,2 pCt. eine
Arbeitszeit bis zu 10 Stunden und darüber.

Der Generalrat des Gewerkschafts der Deutschen
Bergarbeiter ließ seinen Ortsvereinen Fragebogen,
wie sie von den Organisationsvorständen der Berg-
arbeiter beschloffen sind, für eine aufzunehmende
Sozialstatistik gehen.

Wir erwarten, so schreibt der Generalrat, von
allen Ortsvereinsvorständen der Bergarbeiter, daß
sie die allerdings nicht leichte Arbeit gern und freudig
auf sich nehmen, ebenso müssen aber auch die
einzelnen Mitglieder den Vorständen und Vertrauens-
leuten dabei nach Kräften unterstützen. Dies geschieht
am besten dadurch, daß sie nicht nur ihre Lohnbücher
den Personen, welche die Fragebogen ausfüllen, zur
Verfügung stellen, sondern auch soweit wie möglich
Lohnbücher von Unorganisierten herbeischaffen.

Niemand hat dabei etwas zu befürchten, denn
die Namen und Nummern der Buchhalter bleiben
unter allen Umständen verschwiegen.

Kamern, wir alle haben das größte Interesse
daran, endlich einmal einen mannschweren Nachweis über
die in Wirklichkeit zur Auszahlung gelangenden Berg-
arbeiterlöhne in die Hände zu bekommen, um dem endlosen
Gezurre über die hohen Löhne wirksam entgegenzutreten zu
können.

Es ist dringend wünschenswert, daß die Statistik
mit aller Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit gemacht
wird, damit sie über die wirklichen Löhne der Berg-
arbeiter eine genaue, von den Besondereninteressen nicht
zu widerlegende Auskunft gibt.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von
Nordamerika, Roosevelt, hat vom Nobel-Komitee
den Friedenspreis erhalten. Das genannte
Komitee verteilt die Preisen aus dem Nachlaß des
Erfinders des Dynamits. Der verstorbene Erfinder
Nobel hat testamentarisch bestimmt, daß in jedem
Jahre die Preisen aus dem von ihm hinterlassenen
großen Vermögen für die Förderung des Friedens,
der Wissenschaft, der Kunst usw. verwendet werden
sollen. Roosevelt hat den Friedenspreis erhalten,
weil er den Krieg zwischen Japan und Rußland
durch seine Vermittlung beendet hat. Roosevelt will
das Geld aber nicht für sich behalten, sondern es
neuen Friedenszwecken dienlich machen.

Nach genauer Erwägung bin ich zu dem Ergebnis
gekommen, daß die beste und wirksamste Weise, wenn ich
den Preis anwenden kann, die ist, ihn zur Errichtung eines
permanenten industriellen Friedenskomitees
in Washington zu benutzen. Seine Aufgabe wird sein, für
bessere und mehr ebenbürtige Verhältnisse zwischen
meinen Landeuten zu arbeiten, die entweder als Kapitalisten
oder als Lohnarbeiter an industrielle oder landwirtschaftliche
Betriebe geknüpft sind.

Das ist eine sehr verständige Bewertung der
großen Geldsumme. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat
über diese Entscheidung des nordamerikanischen Prä-
sidenten. Es werde bei der Sache nicht mehr heraus-
kommen, als eine reiche Sammlung von Schriften
und geistvollen Betrachtungen über den sozialen
Frieden, womit dann die Sozialisten ihre Wun-
stungen ausfüllen könnten. Die den Kampf zwischen
Unternehmern und Arbeitern führende „Arbeiter-
Zeitung“ wird allerdings niemals in die Lage
kommen, über die Verwendung des Nobelpreises eine
Entscheidung zu treffen.

Arbeiterbewegung. Die Arbeiter und Arbeit-
erinnen der Bronzewarenfabriken in Luden-
wade, über 500 Personen, sind angeklagt, weil
sie sich geweigert haben, einen von der Fabrikleitung
vorgelegten Lohnzettel zu unterschreiben, der ganz be-
deutende Lohn- und Akkordbühle enthielt. — Auf
den Nies werden in Ober-Sachsen weite damit
die Aussperrung noch an, da die stattegekauften
Verbandlungen keine Einigung brachten. Die Unter-
nehmer wollen die Einstellung der Uhrformer
und deren Hilfskräfte hinausgeschoben, was jedoch
von den Arbeitern abgelehnt wurde. — Bei
der Firma Blanke & Raß in Plagwitz
haben die Formler, Kernmacher und Gießer-

arbeiter wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. — Der 8. Boden währende Streik der Zigarrenarbeiter der Firma Theodor Roscholl in Witten, Petershagen und Hille ist beendet durch eine Verständigung in der Lohnfrage. — In Heiligenstadt sind die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen in eine Bewegung eingetreten, um eine 10prozentige Lohnsteigerung durchzusetzen. Bei Ablehnung dieser Forderung sind sie entschlossen, in den Streik einzutreten. — In Kiel befinden sich seit einiger Zeit die Holzarbeiter im Aufstande. — Mit neuen Forderungen für den am 1. April 1907 zu erneuernden Tarif treten die Dachdecker in Berlin an die Arbeitgeber heran. Sie verlangen in der Hauptsache die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit und in Anbetracht der Gefährlichkeit ihres Berufes einen Stundenlohn von 90 Pfg. — Der mit Ende dieses Jahres ablaufende Lohnvertrag im deutschen Lichtdruckgewerbe ist auf drei Jahre verlängert worden. — Die Tarifverhandlungen in der Berliner Holzindustrie sind bisher ergebnislos verlaufen. Die Unternehmerorganisation hat in einem Rundschreiben an ihre Mitglieder bereits die Maßnahmen mitgeteilt, die zu Beginn des drohenden Kampfes getroffen werden sollen. — In den großen Baumwollfabriken in Lodz (Schlesien-Polen) bestehen seit einiger Zeit Lohnunterschieden. Rummer hat der Unternehmerverband an die Arbeiter der zehn größten Betriebe, d. h. an etwa 35 000 Personen, die Mitteilung gelangen lassen, daß am 29. Dezember die Fabriken geschlossen würden, wenn bis dahin die Arbeiter auf die Vorschläge der Fabrikbesitzer nicht eingegangen sind. — Infolge der Lohnunterschieden sind in der serbischen Hauptstadt Belgrad die Arbeiter in den Aufstand getreten, so daß die meisten Zeitungen nicht erscheinen können.

Schwarze Listen. Ein Arbeiter der Firma Leckenberg in Gesehensünde war entlassen worden, weil er trotz ausdrücklichen Verbots Streikgelder gesammelt und die anderen Arbeiter „aufgeweckt“ hatte. Der Entlassene demütigte sich bei mehreren, dem Arbeitgeberverband angehörenden Unternehmern Arbeit zu bekommen, die ihm aber durch den Arbeitsnachweis verweigert wurde. Der so von der Arbeit in Verbandsbetrieben ausgeschlossene Arbeiter verklagte den Leiter des Arbeitsnachweises zur Zahlung von 588,50 Mk. Lohn für die Zeit vom 8. Januar bis Ende Mai 1905. Der Beklagte machte geltend, daß es seine Pflicht sei, nur einwandfreie Leute in die Betriebe der Arbeitgeber zu senden. „Perseusisch und apolitisch“ tätigen Arbeitern würde die Anstellung grundsätzlich verweigert. Die Zivilkammer des Bremer Landgerichts wies die Klage ab, weil sie in dem Verhalten des Arbeitsnachweises keine Verletzung des § 826 des B. G. B. erblicken könne. Dem Kläger habe das ganze Deutsche Reich offen gestanden, um sich Arbeit zu suchen, andererseits gehörten auch nicht alle Unternehmer an der Unterwerfung dem Arbeitgeberverband an, sobald er also sehr wohl habe Arbeit finden können. Es sei das Recht des Geschäftsführers des Arbeitsnachweises, einen Arbeitsuchenden zurückzuweisen, wenn er ihn nicht für geeignet halte, bei einem Verbandsmitgliede beschäftigt zu sein.

Gegen dieses Urteil hat der Kläger Berufung eingelegt.

Zur Sonntagsruhe. In Stuttgart ist durch Ordinalrat vom 10. November 1906 die völlige Sonntagsruhe für das Handelsgewerbe verfügt worden. Ausnahmen sind nur für die Nahrungs- und Genussmittelbranche, Zigarren-, Tabak- und Blumenbranche sowie für den Verkauf von Bad-, Konditorwaren und Milch festgelegt. Doch auch hierbei ist eine Einschränkung vorhanden, indem festgelegt wurde, daß Geschäften, Bedienten und Arbeiter, welche in diesen Betrieben am Sonntag beschäftigt werden, entweder an jedem zweiten Sonntag von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr oder an einem Wochentag von morgens 6 bis mittags 12 Uhr oder von mittags 12 bis abends 6 Uhr frei gegeben werden muß. Wir können nur wünschen, daß recht viele Betriebe das Beispiel von Stuttgart nachahmen.

Die Petitionskommission des Reichstages hätte die Eingabe des sächsischen Bezirksverbandes des „Verbands der Deutschen Kaufleute“ betr. Einführung obligatorischer kaufmännischer Fortbildungskursen für Handlungsgehilfen und -Schiffmann dem Reichskanzler zur Ermöglichung überweisen. Dieser Beschluß bleibt leider unwirksam, weil der Reichstag selbst keine Gelegenheit mehr fand, dem Beschluß beizutreten. Wir bitten daher, die Eingabe beim neuen Reichstage, sobald derselbe gewählt ist, zu wiederholen.

Britische Bergwerke und Steinbrüche im Jahre 1905. Ein eingehender Bericht des britischen Ministeriums des Innern über die Bergwerke und Steinbrüche stellt fest, daß dasselbst im vergangenen

Jahre 1905 nicht weniger als 982 343 Arbeiter beschäftigt wurden, davon die übergroße Mehrzahl, nämlich 843 418 Arbeiter in den Kohlengruben, 16 272 in Eisenbergwerken, 27 834 in anderen Gruben, 91 819 Arbeiter in den Eisengruben und 27 588 in den Steinbrüchen, während die Arbeiter der anderen Bergwerke eine Abnahme um 437 erfuhr.

Von den Kohlengravern wurden ungefähr 4/5 unter der Erde beschäftigt, bei der oberirdischen Arbeit etwa 6000 Arbeiterinnen, deren Zahl gegen das Vorjahr um 7 pCt. anwuchs, während die Zahl der unter 14jährigen jugendlichen Arbeiter von 9500 auf 8600 sank, hauptsächlich infolge der Einwirkung der Arbeiterschutzgesetzgebung, die ihre Arbeitszeit beschränkte.

Die Zahl der tödlichen Unglücksfälle im Betriebe aller Bergwerke und Steinbrüche belief sich auf 61 103, wobei 1304 Menschen getötet wurden. Die wichtigsten Gründe der Unfälle waren Gesteineinsturz (44,6 pCt. der tödlichen Unfälle), Erplosion (14,8 pCt.), andere (23,9 pCt.), Unfälle über der Erde (10,7 pCt.). Namentlich war die Zahl der Unfälle infolge eines großen Grubenunglücks in Südwalen sehr hoch, bei dem 163 Arbeiter getötet wurden. Man hatte gehofft, durch Zimmerung und Einführung von Sicherheitsmaßnahmen die Zahl der Gesteineinstürze zu verringern, allein dies ist nicht gelungen, woran so die Bergbesitzer wie die Bergarbeiter die Schuld tragen sollen. Insofern hat doch wenigstens die Zahl der tödlichen Unfälle in fünfjährigen Perioden sich von 1871 ab ständig vermindert. Dermal betrug sie 2,3 auf je Tausend beschäftigte Arbeiter, im abgelaufenen letzten Zeitraum aber nur 1,3. Die Zahl der Erplosionen hat beträchtlich abgenommen, dagegen ist die Zahl der Unfälle über der Erde gleich geblieben.

Der geschätzte Wert der Mineralien, die im abgelaufenen Jahre gefördert wurden, belief sich auf fast 2 Milliarden Mark. Diese Mineralien sind jedoch noch um 320 Millionen Mark kleiner als im Vorjahre wegen beträchtlichen Sinkens der Kohlenpreise. Mit mehr als 236 Millionen englische Lons war die Kohlenausbeute die höchste jemals beobachtete, doch war ihr Wert wesentlich niedriger als früher, namentlich im Jahre 1900. Nicht ganz ein Drittel der britischen Kohlen wurden exportiert oder verbraucht; der Rest der britischen Bevölkerung entfiel ein Verbrauch von 3,91 Lons, namentlich ging der größte Teil in die Fabriken und Haushalte. An Eisen wurden im Berichtsjahre mehr als 14 1/2 Millionen Lons gewonnen im Werte von 66 Millionen Mark und mit starker Vermehrung gegen das Vorjahr, die auch namentlich bei Zinn wie bei anderen in Großbritannien erzeugten Metallen so der Menge wie dem Werte nach kontrahiert wurden.

Gewervereins-Teil.

§ Duisburg-Kohler. Gewererbereitschaftswahl. Wieder ist eine Wahl vorüber, die fänsie in diesem Jahre, innerhalb des Ortsverbandes Duisburg, wo die Gewervereine selbstständig, ohne jedes Kompromiß, in den Wahlkampf eintraten. Auch diesmal kamen die Gewervereine fast kein auf das Resultat. Die Stimmenzunahme bewies, daß die Gewervereine es verstanden haben, sich die Achtung der Arbeiterchaft zu sichern. Von 2001 Stimmen entfielen auf die Kandidaten des Gewervereins 389 Stimmen, auf die sozialdemokratische 116 395, Die vereinigten evangelischen und katholischen Arbeitervereine und die christliche Gewervereinschaft erhielten 1077 und die Polen 140 Stimmen. Gewählt ist ein Gewerereiner, ein „Freier“ und drei Christliche. Bei der Wahl 1904 entfielen auf die Gewervereine nur 229 Stimmen; die Zahl hat sich also um 160 (= 80 pCt.) erhöht. Die Christlichen gewannen 68 Stimmen, die freien Gewervereine verloren dagegen 19. Die Wahl in Ruhrort hat bewiesen, daß, wenn alle Kollegen wüßten, auch die Gewervereine ohne jegliches Kompromiß gute Erfolge erzielen können. Darum, Kollegen, rühtlos weiter gearbeitet; wir müssen unsere Position noch weiter besetzen und ausbauen. Das gute Resultat muß einen jeden Kollegen anspornen, anzuregen, mitzuarbeiten, damit bei der nächsten Wahl wir zwei vollen durchkommen. Auf zu neuen Taten und erfolgreichem Wirken! E. A.

§ Ebing. In einer öffentlichen Versammlung, welche von den Maschinenbauern und Metallarbeitern (F. B.) einberufen war, sprach unser Bezirksleiter, Kollege Borath über: „Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine“. Eine Resolution im Sinne der Berliner Posttagungsversammlung wurde einstimmig angenommen. Darauf bewängelte Kollege Borath die Gleichgültigkeit der Kollegen. Es geht so nicht weiter. Es muß Mann für Mann auf den Fuß, nur dann kann die Organisation Vorteile erzielen. Ein anfeuerndes Schlußwort beendete die gut besuchte Versammlung. Wägen aber jetzt die Kollegen in Ebing auch tüchtig neue Mitglieder werden im neuen Jahr. A. Senger, Sekretär.

§ Kaiserlautern. Am Streik auf der Nähmaschinen- und Fahrradfabrik vom. Gebühler Kaiser nahm eine kurz besuchte Versammlung in der Ortsfischen Brauerei am 11. Dezember Stellung. Das Kaiser hat Bezirksleiter J. Balzer Die Ausführungen des Redners wurden von der Versammlung mit Beifall

und am Schluß mit förmlichem Akkord gutgeheißen. In einer soeben einstimmig angenommenen Resolution erklärte sich die Versammlung mit dem Redner und dem Verhalten des Gewervereins in diesem Streik einverstanden. Das die Arbeiter fähigste Verhalten des Metallarbeiterverbandes wurde scharf beurteilt. Mit einem donnernden Hoch auf die Deutschen Gewervereine wurde die Versammlung soeben geschlossen. X.

§ Thurn. Einschließlich des angegliederten Bezirks Rodter hat unsere Stadt 38 000 Einwohner. Die Arbeiter sind, soweit sie überhaupt organisiert sind, vereint erstens in unseren Gewervereinen, zweitens in den sogenannten „freien“ Gewervereinen, drittens in den politischen Gewervereinen. Nun ist hier auch noch ein vierter geistlicher Arbeiterverein gegründet worden. Es ist ein sich nichts dagegen zu sagen, wenn die Arbeiter besondere kirchliche Vereine gründen, um ihre religiösen Anschauungen zu pflegen. Als eine Arbeiterorganisation zu dem Zweck, die Lage der Arbeiter zu verbessern, kann ein solcher Verein natürlich nicht angesehen werden. In diesem Falle aber ist der evangelische Arbeiterverein begründet worden zu einem politischen Zweck. Einmal soll der evangelische Arbeiterverein den christlichen die Förderung der Arbeiterische demühten Gewervereinen und anderen gewerkschaftlichen Organisationen die Mitglieder abtreiben, zweitens soll er sich zu einer Wahlkampfkampagne machen lassen. Nach dem Inhalt, wie es in einem Bericht der „Thurner Presse“ (Nummer 265) beschrieben wird, soll es auch des Bereichs sein, das evangelische und deutsche Bewußtsein in Treue zu Raster und Reich zu pflegen und ein friedliches Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber herbeizuführen. Ordentliches Mitglied des Vereins soll jeder unbefristete Arbeiter, Gewerbetreibender, Beamte und Bedienstete werden können, mit Ausnahme von Sozialdemokraten und Ultramontanen“. In Nummer 261 des genannten Blattes wird ein Artikel der „Christlichen Korrespondenz“ wiedergegeben, wonach die evangelischen Arbeitervereine in den Monaten die Referate des Deutschtums bei den Wahlen durchführen sollen. Es heißt wörtlich in diesem Artikel: „Die evangelischen Arbeitervereine stellen für die Wahlen nicht bloß wie anderswo ein Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie, sondern zugleich die Kerne des Deutschtums bei den Wahlen dar. Hier, wo es in den meisten Wahlkreisen auf jede Stimme ankommt, ist es aus sozialdemokratischer Sichtigkeit, ob die Arbeiter bei es sozialdemokratisch wählen, sei es aus Mangel an Interesse Wahlteilnahme über oder ob eine Organisation sie zu Tausenden an die Wahlurne zu bringen vermöge, um ihm Stimme für die deutschen Kompromißkandidaten abzugeben. In dieser Beziehung erklären viele Vereine also auch noch eine nationale Aufgabe in dem speziellen Sinne.“ Auf eine praktische Arbeiterfrage der Arbeiterfrage brauchen die Arbeiter nicht einzugehen, da die Arbeiterfrage die Köhne ganz von selbst erhöhen, ohne daß die Arbeiter sich erst darum zu bemühen brauchen. An dem Vorbildlich der Versammlung sehen der Freier, der Gewerereinspfeiler, eine Anzahl Werkmeister und Vertreter von auch solchen Firmen, bei denen Köhne von 20-22 Pfg. pro Stunde bezahlt werden. In recht merkwürdiger Weise wurde vorher in den Fabriken für die Versammlung und den Eintritt in den evangelischen Arbeiterverein agitiert. In der Maschinenfabrik von Dremig ging ein Angehender der Firma zu jedem Arbeiter und fragte: „Sind sie evangelisch?“ Wurde die Frage bejaht, so wurde dem betreffenden Arbeiter gesagt: „Wenn sie Sonnabend in das „Wiener Café“, dort wird Herr Pfarrer Dreyer einen Verein gründen, dem wir können sie beitreten.“ Was so eine Werbung vom Vorposten an einen Arbeiter gerichtet, so bedeuten das, braucht nicht geschilbert zu werden. Was uns hier am meisten wundert, ist, daß der Gewerereinspfeiler Bingenort sich um die Gründung lebhaft bemühte und die Stelle des II. Vorsitzenden annahm. Natürlich erster Vorsitzender wurde der Herr Pfarrer. Der Gewerereinspfeiler ist ein katholisches Beamter, der sich nicht in den Dienst einseitiger politischer oder religiöser Arbeitervereine stellen darf. Ein aus dem Eintraten der Beamten bedingt Beamter hat andere, vom Gesetz vorgeschriebene Aufgaben zu erfüllen. Zehnfach hat er keine Fähigkeit einfallen, die, wie jene, in hohem Maße geeignet ist, in der großen Mehrheit der Arbeiterchaft zu wirken an seiner Objektivität aufkommen zu lassen. Nach die in den Vorstand gewählten Werkmeister, die mit den Arbeitern der verschiedensten Richtungen und Organisationen zu tun haben, hören den Arbeitern in der Arbeiterchaft, wenn sie sich an die Spitze dieser einseitigen Vereine stellen. Bei dem ersten Zusammenkommen kam die Gründung noch nicht zustande, daßte wurde auf den nächstfolgenden Sonnabend eine Versammlung angesetzt. Am aber zu verhindern, daß Dreyer in die Gründungsversammlung kommen konnte, nahm man dieselbe schon tags vorher, am Freitag, vor. Am 1. Dezember hielt der Verein dann eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Herr Pfarrer Just-Breolan den Vortrag hielt. Leber kam es in dieser Versammlung zu keiner sachlichen Diskussion, weil die anwesenden „freien“ Gewervereinspfeiler sich sehr unanständig betragen und den Redner durch Einfall fortgesetzt unterbrachen. Dieses Verhalten ist bedauerlich. Gerade eine ruhige und sachliche Auseinandersetzung wäre für die praktische Arbeiterfrage besser gewesen. Dann hätte den anwesenden Arbeitern wirksamer gesagt werden können, daß es nicht in ihrem Interesse liegt, wenn in den Parteien und Nationalitätenpartei, unter dem die Arbeiterchaft hier sehr leidet, auch noch der Religionsstreit durch Erhebung der evangelischen und katholischen Arbeiter getragen werde. Was haben überhaupt Partei und Religion mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter zu tun? Jüngere der evangelische Arbeiter nicht genau so wie der katholische über der politische wie der deutsche, wenn sein Verhalten zur Erklärung der Familie nicht abweicht. Die Arbeiterchaft kann nur einig sein, wenn ihren Organisationen der Partei- und Religionsstreit fern gehalten wird.